



## Pressestatement

---

### **Zum Vermerk von Union und SPD im Sondierungspapier, ab 2026 von einem 15-Euro-Mindestlohn auszugehen, erklärt der Präsident des Sächsischen Handwerkstages, Uwe Nostitz:**

18. März 2025

„Seit Tagen kursieren in Medien Berichte, wonach Politiker aller Couleur – und damit auch jene einer möglichen künftigen Bundesregierung aus Union und SPD – sich öffentlich dafür stark machen, dass der Mindestlohn ab 2026 von derzeit 12,82 Euro pro Stunde auf 15 Euro klettert.

Pressekontakt:  
Frank Wetzel  
Pressesprecher

Arbeitgebern im sächsischen Handwerk stoßen derartige Debatten sauer auf. Vor allem deshalb, weil offenbar auch unter einer Regierung mit CDU-Kanzlerschaft keineswegs die unsägliche Praxis beendet werden soll, sich in die Entscheidungsfindung der 2014 geschaffenen Mindestlohnkommission – einem Gremium aus Gewerkschaften und Arbeitgebern – einzumischen. Ist die gesetzlich verbriefte Tarifautonomie heute nichts mehr wert?

Sächsischer Handwerkstag  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Am Lagerplatz 8  
01099 Dresden

Telefon: 0351 4640-510  
Telefax: 0351 4640-34510  
frank.wetzel@  
handwerkstag-sachsen.de  
www.handwerkstag-sachsen.de

Wir appellieren erneut mit Nachdruck an die künftig Regierenden in Deutschland: Lasst die Mindestlohnkommission endlich ihre Arbeit machen! Kümmert euch vielmehr darum, dass die Lohnnebenkosten sinken und somit handwerkliche Produkte und Leistungen für Verbraucher bezahlbar bleiben!

Denn: Mit jeder Lohnerhöhung kommen nicht nur höhere Lohnnebenkosten auf Arbeitgeber zu, sondern auch Arbeitnehmer müssen wegen überproportional steigender Abzüge mehr Steuern und Abgaben entrichten. Immerhin 42 Prozent einer Mindestlohnerhöhung, so haben Experten errechnet, gehen aktuell für Steuern und Abgaben drauf.

Und weil ein deutlich höherer Mindestlohn auch für Verbraucher vieles teurer macht – so beim Friseur, beim Bäcker, in der Gastronomie –, sind mittlerweile zunehmend auch Arbeitgeber darüber frustriert, dass in der öffentlichen Mindestlohn-Debatte seitens der Politik häufig nur halbe Wahrheiten zur Sprache kommen.“